

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

28.7.1925 (No. 172)

Expedition: Karlsruher Zeitung, StraÙe Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 958 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3615

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Knecht, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, dringender Mitteilung und Konkurrenzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die deutschen Seehafen-Ausnahmetarife

Man schreibt uns: Auf Grund des Versailler Vertrages haben wir Belgien für Verfrachtungen von und nach seinen Seehäfen, insbesondere Antwerpen, auf den deutschen Eisenbahnen zahlreiche Frachtergünstigungen gewähren müssen. Vier Warengruppen kommen dabei hauptsächlich in Frage: 1. Eisen und Stahl, 2. Glas und Rohglas, 3. Papier und Pappe, 4. Schiefer. Nicht zuletzt hierdurch hat sich der Hafenverkehr in Antwerpen nach dem Kriege wieder derart glänzend entwickelt, daß er zum erstenmal den Hamburger übertrifft und ihm die Stelle des ersten Kontinentalhafens freitig machen konnte. Naturgemäß sahen die holländischen Häfen Rotterdam und Amsterdam eifersüchtig auf diese Vergünstigungen. Die deutsche Regierung trat im Interesse eines guten Einvernehmens mit dem befreundeten Staat den Wünschen der holländischen Häfen durch eine Reihe von Tarifiermächtigungen Rechnung, durch die bereits den deutschen Häfen Emden, Bremen und Hamburg ein sehr empfindliches Schaden zugefügt, aber in Holland nur der Appetit noch mehr erweckt wurde. Die holländischen Klagen wurden nur noch lauter, nach dem die deutsche Regierung bzw. Eisenbahnverwaltung durch Stabilisierung unserer Währung in den Stand gesetzt worden war, die Politik der Frachtermäßigung für Transporte nach den deutschen Seehäfen wieder aufzunehmen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Politik nötig ist, um einerseits unsere Ausfuhr zu steigern, andererseits durch Hebung des Verkehrs der deutschen Häfen und der Erträge unserer Schifffahrt die traurige Passivität unserer Handelsbilanz zu bessern. Dabei blieben diese Tarifiermächtigungen noch immer weit hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Die Folge aber war, daß die holländische Regierung dieser Tage nunmehr einen förmlichen Antrag an die deutsche Reichsregierung gestellt hat auf vollständige Gleichstellung der niederländischen mit den deutschen Seehäfen. In einer Urkunde in der holländischen Kammer, die den Antrag zu diesem Vorhaben gegeben hat, heißt es, daß die deutsche Regierung schon vor Jahresfrist den holländischen Seehäfen Zusagen für eine befriedigende Lösung dieser Angelegenheit gemacht habe, und Belgien geniesse noch vorteilhaftere Tarife als Holland. Zugleich wird auf die holländische Kreditkrise von 140 Millionen hingewiesen, für die man Gegenstände von Deutschland erwarten könne. Die holländische Presse sprach sogar in heftiger Weise von einer „internationalen Kreditkrise“ und von deutscher „Landschaftlichkeit“.

Von Natur neigen der Westen und Südwesten Deutschlands weit mehr zur Seeverfrachtung über die nähergelegenen holländischen und belgischen als über die deutschen Häfen. Die Entfernung Essen—Hamburg zur Entfernung Essen—Antwerpen bzw. Rotterdam verhält sich wie 8:5. Würde aber Deutschland durch Erfüllung der holländischen Forderungen selber die Voraussetzungen für hemmungslöse Ausfuhr dieser Güter schaffen, so würde es die deutschen Nordseehäfen Emden, für dessen Hebung es ungeheure Summen aufgewendet hat, Bremen und Hamburg durch Zulassung weiterer Frachten auf fremde Häfen und fremde Schiffe in unerträglicher Weise schädigen und damit unsere Zahlungsbilanz weiter schwer belasten.

In deutschen Wirtschaftskreisen fordert man den völligen Abbau sowohl der belgischen wie der holländischen Tarifiermächtigungen. Man ist der Auffassung, daß der 10. Januar 1925 nicht die allgemeine handelspolitische, sondern auch die tarifpolitische Bewegungsfreiheit wiedergegeben hat, so daß auch der § 325 des Vertrages wirkungslos geworden ist, der uns verpflichtet, alle den deutschen Seehäfen gewährten Tarifiermächtigungen auch den Ententehäfen zugute kommen zu lassen. Holland konnte als Nicht-Ententestaat ohnehin bisher keinerlei Forderungen stellen. Deutschland hat nur geglaubt, ihm aus allgemein-politischen Gründen entgegenkommen zu müssen. Wenn wir heute auch Holland gegenüber von dieser wiedererwonnenen Tarifhoheit Gebrauch machen, so kann sich Holland dabei auch nicht auf seine Nachkriegskredite an Deutschland berufen, die es wesentlich zur Belebung des eigenen Handelsverkehrs mit Deutschland bewilligt hat. Eine rein wirtschaftliche Behandlung dieser Tariffrage kann und Holland unter keinen Umständen denken, als es zur Förderung seiner Häfen eine Protektionspolitik treibt, die sogar bis zu völligen Frachterlässen geht. Es wird selbstverständlich Deutschland gleiches Recht zugestehen müssen, da es auch nicht in der Lage ist, durch etwaige Frachtergünstigungen für holländische Waren nach deutschen Seehäfen wegen der geringfügigkeit dieses Verkehrs irgendwelche Gegenleistung zu üben. Als Geschäftsunternehmen kann die deutsche Eisenbahnverwaltung aus reinen Rentabilitätsgründen unter Ausschaltung aller politischen Momente die nötig gewordene Aufhebung sowohl der belgischen wie der holländischen Ausnahmetarife verlangen.

Man könnte die ganze Frage wohl noch eine zeitlang hinstellen, um dann, wenn Belgien sich nicht fügt, ein Schiedsgericht anzurufen, das dann günstigeren Ansichten für uns hätte. Allerdings gibt es Gründe, die Angelegenheit eilig zu behandeln, da bereits weitere Staaten Mienen machen, dieselben Vergünstigungen zu fordern und damit den Schaden für den deutschen Seeverkehr und die deutsche Volkswirtschaft immer weiter zu steigern. Es bleibt daher nichts anderes übrig als tabula rasa zu machen. Gewiß werden sich für die Wirtschaft der belgischen Gebiete dadurch nicht unempfindliche Nachteile ergeben. Da aber die Frachten schließlich vom Käufer getragen werden müssen, und die auf dem Spiel stehenden nationalwirtschaftlichen Werte außerordentlich hoch sind, so wird man sich auch in Rheinland-Westfalen und Süddeutschland den Notwendigkeiten des Schutzes des nationalen Seeverkehrs nicht verschließen, der in allen Nationen heute als eine Selbstverständlichkeit gilt.

### Deutscher Reichstag Die Steuerdebatten

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Er widmet dem gestern verstorbenen kommunistischen Abg. Eichhorn einen Nachruf.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Steuervorlagen.

Im Namen der Regierungsparteien gibt Abg. Dr. Oberfohren (D. Sp.) eine gemeinsame Erklärung ab des Inhalts, die Regierungsparteien hätten sich trotz schwerer Bedenken gegen Einzelheiten der Gesetze entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen. Die Lasten für die Wirtschaft und die einzelnen Steuerzahler wären geradezu unerträglich hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Reparationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu. An das Ausland müsse die dringende Mahnung gerichtet werden, einen vollständigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Mühe auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, das verringerte Einkommen des deutschen Volkes und seine sozialen Lebensnotwendigkeiten nehme. Besonders schmerzhaft war den Parteien, daß die Finanzlage des Reiches den späteren Abbau der Umsatzsteuer nicht erlaube. Die Parteien äußern eindringlich den Wunsch, daß die Regierung in eine eingehende Prüfung der Frage eintritt, in welcher Weise das System der Umsatzsteuer geändert werden kann. Die Regierungsparteien haben den sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Verstärkung des Kinderprivilegs. Mit dem Finanzausgleich ist den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden mehr als bisher Rechnung getragen worden. Wir müssen aber die erste Mahnung zur Sparsamkeit richten vor allem an die Gemeindeverwaltungen. Auch da müssen die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden. Das Reich muß in der Steuerpolitik den Vorrang behalten. Trotz aller Bedenken im einzelnen stimmen die Regierungsparteien der Vorlage zu in der Erwartung, daß auch sie helfen werde zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Ferry (Soz.): Eine gesunde Steuerreform hätte davon ausgehen müssen, daß zur Förderung der deutschen Wirtschaft vor allem die Stärkung der inneren Kaufkraft der breiten Massen notwendig ist. Die Regierungsparteien haben aber umgekehrt den Weg eingeschlagen. Bei dem Finanzausgleich sind dieselben Rechtsparteien, die früher ausgesprochenen Liberalisten waren, plötzlich zu begeisterten Antiaristen geworden und betonen immer wieder die Steuerhoheit des Reiches. Noch vor knapp einem Jahre hat ein Führer der Deutschnationalen den Standpunkt vertreten: Solange wir Reparationslasten tragen, dürfen die deutschen Steuerlasten nicht erhöht werden. Jetzt werden aber die Massensteuern auf Bier und Tabak ohne Not so erhöht, daß wir daraus freiwillig 500 Millionen Goldmark in den nächsten Monaten mehr an die Entente zahlen, als das Londoner Abkommen uns auferlegt. (Hört, hört links!) Diese freiwillige Mehrleistung an die Entente übernehmen die Parteien der Rechten nur, um auf dem Wege einer unerträglichen Mehrbelastung der breiten Massen den großen Besitz zu schonen. Ein Steuerreform, das mehr als vier Fünftel aller Lasten den Besitzlosen und enteigneten Schichten des Volkes auferlegt, wird dauernd den heftigen Widerstand aller leistungsschwachen Kreise hervorrufen. Wir lehnen für dieses Gesetzgebungsmerk jede Verantwortung ab.

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Vorlage, die eine unerhörte Bevorzugung des Besitzes und eine unerträgliche Belastung des arbeitenden Volkes sei. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) bedauert, daß die Regierung der an ihrer Steuervorlage geübten Kritik keine Folge gegeben habe. Die Forderung grundsätzlicher Anpassung der Steuerlasten an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei nicht vorgenommen worden. Es sei bedenklich, wenn die Regierungsparteien eine Milderung der unerträglichen Steuerlast nur von ausländischer Hilfe erwarten. Die gegenwärtige Finanzpolitik befinde sich auf einem ganz falschen Wege, weil sie über den tatsächlichen Bedarf hinaus viel zu hohe Steuern aus der Wirtschaft ziehe. Die Lage werde noch verhängnisvoller werden, wenn zu der verfehlten, überspannten Hochschulzollpolitik getelle. Seitdem die Deutschnationalen die Wirtschaftspolitik der Regierung führen, werde nicht nur auf Preisentzug, sondern auf Preiseraufschlag hingewirkt. Die gegenwärtige Finanzpolitik würde einen durchgreifenden weiteren Steuerabbau durchaus gestatten. Wir könnten mit einem Überschuß von mehr als einer Milliarde rechnen. Der Redner trat zum Schluß für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuß ein, der den Weg für eine wirkliche große Finanzreform ebnen solle. Die gegenwärtige Steuerreform sei höchst unbefriedigend und bilde nur einen kurzfristigen und anglickischen fiskalischen Versuch.

Reichsfinanzminister v. Sallentin: Ich habe schon im Ausschuß den Vorwurf widerlegt, daß ich Fiskalismus und Defizitarierpolitik triebe. Bei der gegenwärtigen unsicheren Wirtschaftslage ist es aber notwendig, bei den Reichsfinanzen vorzujogeln. Mit den jetzt festgestellten Überschüssen müssen wir bis zum Ende des Jahres leben. (Abg. Dr. Fischer, Dem.: Sie gehen auf keine meiner Zahlen ein). Das behalte ich mir für später vor. Abg. Schröder-Weddenburg (Köf.) erklärt, er könne sich den Ausführungen des Abg. Dr. Fischer anschließen. (Aufrechter: Die neue Einheitsfront der Nationalen und Demokraten.) Wir entscheiden immer nach sachlichen Gesichtspunkten und sind in vielen Dingen demokratischer als Sie (nach rechts). Der Redner bekämpft an der Vorlage besonders die Aufrechter-

haltung des Erbbergerischen Steuersystems mit seiner Zentralisation. Die Deutschnationalen hätten in diesen Fragen der Außenpolitik alle ihre Grundfälle über Bord geworfen, seitdem sie in der Regierung sind.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt Vertagung der Aussprache über die Einkommensteuer. Die Vertagung sei notwendig, weil die Regierungsparteien die Oppositionsparteien mit einem neuen Antrag zur Einkommensteuer überzumpeln wollen.

Abg. Dr. Ders (Soz.) schließt sich diesem Antrag an, während die Abg. Gerike (Dnl.) und Antonskampff (D. Sp.) Weiterberatung vorschlagen.

Als der Vizepräsident Graf erklärt, er erteile zu dieser Geschäftsordnungsdebatte nicht mehr das Wort, erschallen auf der Linken laute Protestrufe.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Linke abgelehnt. (Abg. Höllein, Komm. ruft zum Zentrum: da sind sie schon zusammen, die Heiligen und die Ritter.)

Zur Einkommensteuervorlage wendet sich Abg. Eggerstedt (Soz.) gegen die Regierungsvorlage und die Ausschlußbeschlüsse. Die Sachverständigen hätten in dem Gutachten festgestellt, daß in Deutschland der Besitz zu wenig und die breiten Massen zu stark steuerlich belastet seien. Dieser unnatürliche Zustand werde durch die neue Vorlage noch verschärft.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt wiederum Vertagung mit dem Hinweis darauf, daß die Abgeordneten, die vorher für Weiterberatung stimmten, nicht im Saale geblieben seien. Die Abstimmung erfolgt durch Sammelruf. Dabei beteiligen sich die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten mit Ausnahme ihrer Fraktionsführer Müller-Franken, Koch und Höllein nicht. Es stellt sich Befristungsfähigkeit heraus, da nur 169 mit nein und 6 Abgeordnete mit ja gestimmt haben.

Vizepräsident Graf ruft sofort eine neue Sitzung auf 7 Uhr abends (10 Minuten später) ein.

Die neue Sitzung wird nach 7 Uhr eröffnet. Das Haus geht die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes fort.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) meint, es sei das erste Mal in der gegenwärtigen Reichstagsession, daß ein Gesetz in solcher Mangelhaftigkeit und Unfertigkeit aus den Ausschüssen vor das Plenum gekommen sei, wie das Einkommensteuergesetz. Namentlich der Lohnabzugsparagraf sei so schlecht formuliert, daß die Regierungsparteien selbst sich veranlaßt gefühlt hätten, noch schnell eine neue Fassung dem Plenum zu unterbreiten. Das ganze Steuergesetzgebungsmerk, das der Reichstag morgen verabschieden werde, sei so reformbedürftig, daß der Reichstag schon in Kürze wiederum sich mit dem Steuerproblem beschäftigen müsse. Das sähen auch die Kompromißparteien ein, indem sie nicht nur einen neuen Lohnsteuerantrag, sondern noch andere Erleichterungsanträge ankündigten. (Beifall links).

Abg. Neubauer (Komm.) stellt einen Vertagungsantrag. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die Beschlußfähigkeit durch Einmengen der weißen Namenskarten geprüft. Auch die Sozialdemokraten gehen ihre Karten ab. Vizepräsident Graf stellt fest, daß 268 Stimmlisten abgegeben worden sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Der Vertagungsantrag wird hierauf in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich unter großer Unruhe des Hauses gegen die Regierungsparteien, die hier einen großen Mangel planten. Als Abg. Höllein eine halbe Stunde gesprochen hat, erklärt Vizepräsident Graf, seine Redezeit sei abgelaufen. Es kommt zu verschiedenen Zwischenrufen. Das Gelächter und die Unruhe halten noch an, als Abg. Höllein nach einer weiteren halben Stunde gegen 9 Uhr seine Rede beendet.

Paragraf 1 des Einkommensteuergesetzes wird dann mit großer Mehrheit angenommen. Nach 9 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr nachmittags vertagt.

### Vor der Vertagung des Reichstags?

Der Astenrat des Reichstages tritt am heutigen Dienstag erneut zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftspläne des Reichstages zu beraten. — Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird wahrscheinlich beschlossen werden, die Reichstagsverhandlungen am Samstag, den 1. August abzubrechen und die Sommerferien einzutreten zu lassen, da es außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, das Haus in beschlußfähiger Anzahl zusammenzubringen. Es sollen noch die Steuergesetze in zweiter und dritter Lesung erledigt werden, sowie die dritte Lesung des Stats, gegebenenfalls auch noch die Amnestievorlage. Eine Erledigung der Zollvorlage im Plenum hält man in dieser Tagung für ausgeschlossen.

Vorausichtlich wird der handelspolitische Ausschuß bis Ende der Woche seine Arbeiten in erster und zweiter Lesung abschließen, so daß die Zollvorlage dann in das Plenum gelangen könnte. Die zweite und dritte Lesung im Plenum soll aber erst in einer besonderen Tagung des Reichstages im September erfolgen, die voraussichtlich vom 10. bis 12. September dauern dürfte.

Die „Tägl. Rundschau“ erfährt demgegenüber, daß die Reichsregierung nach wie vor den Wunsch habe, die Zollvorlage noch vor den Sommerferien erledigt zu sehen.

Telefonverbindung Rom—London. Nach Meldungen aus London sind die technischen Arbeiten für eine telefonische Verbindung von London nach Rom über Turin beendet worden, so daß der Verkehr demnächst beginnen dürfte. Binnen kurzem sollen auch die Telefonlinien zwischen Rom—Berlin—Amsterdam und Wien fertiggestellt werden.

Mit der Beilage: Amtliche Ziehungsliste der Geld-Lotterie des Freiburger u. Ulmer Münsters, sowie der St. Lorenzkirche in Nürnberg

# Politische Neuigkeiten

## Der Reichshaushalt

Zum Haushaltsausblick des Reichstages berichtete Abg. Kell (Sd.) über den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Gesamtüberschuss beträgt 3 513 Millionen M., gegenüber einem Gesamtüberschuss von 2 138 Millionen M. i. J. 1924. An Einnahmen sind für die Einkommensteuer 1,7 Milliarden M., für die Körperschaftsteuer 800 Millionen M., für die Vermögenssteuer 500 Millionen M., für die Beförderungsteuer 282 Millionen M. Die Grunderwerbsteuer ergibt 1925 nur 15 Millionen M., gegenüber dem 10 fach höheren Ertrag i. J. 1924. Die Wertschöpfungssteuer, die i. J. 1924 allerdings nur 4 Millionen M. erbrachte, ist mit Ablauf des 31. Dez. 1924 außer Kraft getreten. Der Ertrag der Wertschöpfungssteuer wurde von 150 Millionen M. für 1924 auf 90 Millionen i. J. 1925 gesenkt. An Zöllen und Verbrauchssteuern ergibt sich für 1925 ein Ertrag von insgesamt 1514 Millionen M., gegenüber 1099 Millionen i. J. 1924. Aus dem Steuereinkommen müssen an die Länder 2172 Millionen M. überwiesen werden.

Staatssekretär Dr. Kopitz vom Reichsfinanzministerium führte zum Etat aus, daß die Schätzungen nicht auf die Genauigkeit Anspruch erheben können wie früher, da die Möglichkeit des Vergleichs fehle.

## Die Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß zur Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes ein Reichskommissariat in Berlin gegründet worden sei, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen habe. Die Mitteilung eilt den Tatsachen voraus. Es ist zwar die Einrichtung einer solchen Stelle vorgesehen, die über die Gewährung der Altanleihe-Rechte entscheiden soll. Die Stelle kann aber erst ins Leben getreten werden, wenn die Ausführungsbestimmungen zu dem Anleiheablösungsgesetz erlassen sind. Dies ist jedoch noch nicht geschehen. Daher ist es vollkommen zwecklos, wenn Anleihegläubiger sich schon jetzt melden und Anträge auf Anerkennung als Altanleihe stellen. Sobald die Vorbereitungen beendet sein werden, wird dies öffentlich bekannt gemacht, und es wird dann auch bekanntgegeben, an welche Stelle Anträge zu richten sind und welche Nachweise im einzelnen vorgelegt werden müssen.

## Die Liquidation der Stinnesgruppe

W.B. Berlin, 28. Juli. Wie aus New York berichtet wird, hat die „New York Tribune“ aus privaten Quellen erfahren, daß eine amerikanische Gruppe unter Führung von Dillon, Read & Co. einen beträchtlichen Teil des Aktienkapitals der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G. im Wert von 4-5 Millionen Dollar angekauft habe. Dem Unternehmen nach sei eine Londoner Gruppe an dem Geschäft beteiligt. Dies sei die erste Beteiligung fremden Kapitals an der Liquidation der Stinnesgruppe. — Wie wir hören, ist das Aktienkapital von 21 Millionen Mark Deutsch-Luxemburgischer Bergwerks- und Hütten-Aktien aus dem Besitz der Firma Hugo Stinnes an Jacob Henry Schröder & Co. in London verkauft worden. Eine Unterbeteiligung der amerikanischen Firma Dillon, Read & Co. ist möglich. Von einer Beteiligung einer deutschen Gruppe an dem Ankauf, von dem in deutschen Zeitungen die Rede ist, ist an maßgebender Stelle nichts bekannt.

Der drohende englische Kohlenstreik. Der englische Arbeiterführer Thomas sagte in einer Kompromißrede, nachdem die Vorkaufsausschüsse der Eisenbahnen einstimmig beschlossen hätten, keine Kohlen mehr zu liefern, sobald ein Streik in der Bergbauindustrie ausbrechen sei, sei er der Meinung, daß im Hinblick auf die unvermeidlichen Folgen eines solchen Ereignisses unbedingt auf Frieden hingearbeitet werden müsse. — Die Arbeitgeber müßten zunächst ihre Abkündigung des Lohnabkommens zurückziehen, damit Zeit für Vereinbarungen gewonnen werde. — In Paris trat der Ausschuss der internationalen Vereinigung der Bergarbeiter zusammen, um auf Veranlassung der englischen Bergarbeiter über die Ursachen der Weltkrise in der Kohlenindustrie zu beraten und die Möglichkeit eines internationalen Generalstreiks ins Auge zu fassen.

## Donaueschinger Kammermusikaufführungen

Zwischen Prag—Kiel einerseits und Venedig andererseits, wo in diesem Sommer die heißesten Musikschlachten geschlagen werden, behauptete Donaueschinger wieder seine führende Stellung, ja das äußere Bild zeigte gegenüber den letztjährigen Veranstaltungen sogar starke Belebung. Es müssen also wohl zu der alten Donaueschinger Stammgemeinde, die sich seit Jahren regelmäßig einführt, manch neue Gäste dazugelommen sein, und Donaueschinger hat nichts von seiner Anziehungskraft auf alle an der Entwicklung der neuen Musik Interessierten verloren, wie man eigentlich bei der heuer so schnelllich wütenden Musikfest-Epidemie hätte befürchten müssen.

Um es aber gleich zu betonen: Donaueschinger hat auch wirklich wieder produktive Arbeit geleistet und gerade diesmal besondere positive Ergebnisse gezeitigt. Die Gründe sind in erster Linie in der glücklichen Verwirklichung eines bestimmten Zeitgedankens zu suchen: Man hatte das der Reform dringend benötigte Gebiet der mehrstimmigen Vokalmusik in den Mittelpunkt der Aufführungen gestellt in der richtigen Erkenntnis, daß es nicht nur darauf ankommen könne, junge bisher unbekannte Talente zu entdecken, sondern daß es darüber hinaus eine Hauptaufgabe Donaueschingers sei, auf vernachlässigte Gebiete im zeitgenössischen Schaffen hinzuweisen. Damit eröffnen sich auch für die Zukunft Donaueschingers ganz bedeutende Perspektiven, und man kann es nur lebhaft begrüßen, wenn bei künftigen Veranstaltungen (wie man mir von unterrichteter Seite sagte) nach ähnlichem Grundgedanken verfahren wird; denn bei solch prinzipieller Einstellung profitieren nicht bloß die einzelnen Musiker, die hier zu Wort kommen, sondern es weitet sich der gesamte musikalische Horizont, insofern eben spezielle Gattungen so deutlich in den Brennpunkt der Diskussion rücken, daß sie nicht mehr übersehen werden können und ob der durch sie empfangenen Anregung beispielhaft und fruchtbar wirken. Donaueschinger hat aber zugleich auf Jahre hinaus neue kulturelle Ziele, da es an Stoff, der eine moderne Verarbeitung lohnt, so rasch nicht mangelt.

In diesem Jahr dominierte infolgedessen das Chorlied, d. h. der Versuch, eine moderne Madrigalwelt zu schaffen, die sich der herrlichen Chorliteratur des 16. und 17. Jahrhunderts würdig an die Seite stellt. Am Eigenartigsten und Überzeugendsten löste Paul Hindemith das Problem in fünf nach altheutigen Texten komponierten gemischten Chören, die der Gefahr entgegen, nur etwa als Nachahmung gewertet zu werden und auch innerlich durchaus neu sind. Auch Ernst Krenek überwand in seinem Kammerchor „die Jahreszeiten“ die Schwierigkeiten des slavisch konstruierten. Wohl finden sich in seinem Chor sehr deutliche Parallelen zum alten christlichen Stil, doch stehen daneben Partien von so starker schöpferischer Lebenskraft, daß man eine durchaus logische und organische Weiterführung der alten Ausdrucksmittel beobachtet und eine

## Zur „Weltkonferenz der Christlichen Kirchen“

W.B. Berlin, 28. Juli. Die „Weltkonferenz der Christlichen Kirchen“, die vom 19. bis 30. August in Stockholm tagen wird, hatten dem Evangelischen Presseverband für Deutschland (e. V.) und dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss Veranlassung gegeben, führende Vertreter der Berliner Presse zu einem Zusammensein mit den Führern der deutschen Delegation einzuladen. Hierbei wurde festgestellt, daß die „Weltkonferenz“ eine solche der organisierten Kirchen und damit eine Art Kirchenrat ist, an dem alle christlichen Kirchen der ganzen Welt, auch die griechisch-orthodoxe, und die freien Kirchen teilnehmen werden, außer der römisch-katholischen Kirche, die aus prinzipiellen Gründen die Beteiligung abgelehnt hat. Das Konzil wird sich aber nicht mit Glaubens- und Bekenntnisfragen beschäftigen, sondern ausschließlich mit praktischer Arbeit und moralischen und sozialen Fragen, mit dem Verhältnis der Kirche zur Industrie und Eigentum, mit Schule und Erziehung und anderem. Die Gesamtzahl der Delegierten wird 6-700 betragen, darunter 78 deutsche.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Eichhorn gestorben. In Berlin ist der kommunistische Reichstagsabgeordnete Emil Eichhorn, 62 Jahre alt, gestorben. Im Sächsischen geboren, kam Eichhorn Ende der 90er Jahre nach Baden, wo er zunächst als Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“ tätig war. Dann wurde er Landessekretär der sozialdemokratischen Partei Badens. Von 1901/1909 gehörte er dem badischen Landtag als Mitglied an; von 1903/11 vertrat er die Wahlkreis Wörthheim-Durlach im Reichstag. Die Spaltung der Partei im Jahre 1916 führte ihn zu den Unabhängigen. Im November 1918 wurde er Reichsminister für Baden, nahm er hervorragenden Anteil an den Spartakusunruhen, um schließlich Mitglied der kommunistischen Partei zu werden. — Anstelle Eichhorns tritt die Berliner Metallarbeiterin Klara Caspar in den Reichstag ein.

Brhan †. Der mehrmalige amerikanische Präsidentschaftskandidat William Jennings Bryan, ehemaliger Außenminister, zuletzt Ankläger in dem bekannten „Affenprozess“, ist Sonntag nachmittags 5 Uhr bei Daktoren Freunden, wo er wohnte, gestorben. Brhan war unter Wilson Außenminister, womöglich noch ahnungsloser als Wilson selbst. Sein Programm in der Wahlkampagne für Wilson war Abrüstung, Schiedsgericht, Anti-Imperialismus gewesen. Zu seiner Ehre sei erwähnt, daß er, wenn auch erfolglos, gegen die Kriegskriegserklärungen Amerikas an die Entente im Weltkrieg und gegen den Vertrag von Versailles aufgetreten ist. Er war im März 1860 in Salem (Illinois) geboren und hatte die Abolitionistenlaufbahn eingeschlagen.

Der Streik im Saarbergbau hat Montag vormittag eingelegt. 90 Prozent aller Saarbergarbeiter befinden sich im Ausstand. Die Zahl der Arbeitswilligen ist äußerst gering; sie dürfte im ganzen Saargebiet kaum mehr als 100 betragen. — Der Bundesausschuss der Handwerker des Saargebietes hat an den französischen Minister für öffentliche Arbeiten ein Telegramm gerichtet, in dem er diesen ersucht, die drohende Katastrophe durch Zuhilfenahme angesehener Köpfe abzuwenden. — Auch der Kreisverband in Ottweiler hat den Minister ersucht, die Verhandlungen mit den Bergarbeitern nicht scheitern zu lassen, da die Folgen eines langen Kampfes für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Saargebietes unabsehbar sein würden.

Änderung von Zollföhen. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages hat einen Kompromißantrag angenommen, nach dem für frische Kartoffeln bis 14. Februar 1926 ein ermäßigter Zollfuß von 25 Pfg. festgesetzt wird. Angenommen wurden noch einige weitere Kompromißanträge, durch die die Zollföhen für Klettertrauben und Weinmaltz von 45 auf 60, für Bananen von 15 auf 30, für Apfelsinen von 12 auf 20 und für Gurken von 10 auf 30 Mark erhöht werden.

Die gestiegene Miete in Preußen 82 Proz. Der amtliche Preußische Preßedienst teilt mit: Die gestiegene Miete für Preußen wird für den Monat August von 76 auf 82 Proz. der reinen Friedensmiete erhöht. In den Fällen, in denen die Mieter die Schönheitsreparaturen selbst übernehmen, ermäßigt sich der Satz um 4 Prozent.

## Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident besucht München. Der Reichspräsident von Hindenburg begibt sich am Abend des Verfassungstages am 11. August, nach München, wo am 12. ein offizieller Empfang für ihn stattfindet. Im Anschluß an den Münchener Aufenthalt wird der Reichspräsident einer Einladung eines Bekannten folgen und längere Zeit in Bayern auf dem Lande Aufenthalt nehmen.

Der 11. August. Die Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August wird wie im Vorjahr um 12 Uhr beginnen. Es werden dazu der Reichspräsident die Front der am Königsplatz aufgestellten Ehrenkompanie abschreiten. — Der amtliche Preußische Preßedienst meldet: Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, am Abend des 11. August eine Verfassungsfeier unter Mitwirkung namhafter künstlerischer Kräfte zu veranstalten. Die Abendfeier werde wahrscheinlich in einem der Staatstheater oder in einer der staatlichen Hochschulen stattfinden.

Wiederaufnahmeantrag Fehrenbads. Nachdem das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bairischen Volksgerichte in Kraft getreten ist, hat nach einer Blättermeldung Fehrenbad, der am 20. Oktober 1922 vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war und dann im Dezember 1924 unter Zuhilfenahme von Bewährungsfrist für den Rest der Freiheitsstrafe Begnadigung erhalten hatte, das Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens eingereicht.

Die Lohnbewegung der Eisenbahnarbeiter. Am heutigen Dienstag sollen in Berlin Vorbesprechungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Hauptverwaltung der Reichsbahn stattfinden, um die Reichsbahn über die Forderungen der Organisationen zu informieren. Vorher werden die Verbände der verschiedenen Richtungen in gemeinsamer Beratung zu der Frage Stellung nehmen, ob außer dem Lohnvertrag auch der Mantelvertrag mit Ablauf dieses Monats geändert werden soll.

Der russische Einfluß in Kanton. Der bolschewistische General Borodin hat die durch das Ausscheiden des amerikanischen Juristen Norman freigewordene Stelle eines Vertreters der Kantongouvernement übernommen. — Neuer bemerkt zu dieser Meldung, daß die obersten Kommandostellen der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft in russischen Händen liegen.

## Verschiedenes

### Zeppelinfeier in Friedrichshafen

Der Luftschiffbau Zeppelin veranstaltet am 20. August anlässlich des 25 jährigen Jubiläums des ersten Zeppelinaufstieges eine Feier, an der sich Vertreter der Regierungen, der Landesregierungen, der deutschen Städte, der Industrie, der Gewerkschaften und anderer Körperschaften beteiligen werden. Dr. Geener wird bei dieser Feier den angelegentlichsten Auftrag an das deutsche Volk erlassen zur Opferbereitschaft für den Bau eines Zeppelinschiffes, wozu etwa 7 Millionen erforderlich sein werden. Davon sollen durch die Städte etwa 4 Millionen aufgebracht werden. Zu gleicher Zeit soll mit Unterstützung ausländischer wissenschaftlicher Korporationen das Erfuchen an die Vorkonferenz gerichtet werden, den Bau eines 105 000 Kubikmeter großen Luftschiffes zur Erforschung der Nordpolgebiete zu gestatten.

### Eine Skandal-Affäre im Dresdener Krematorium

Blättermeldungen aus Dresden zufolge sind in dem städt. Krematorium, das in dem Dresdener Vorort Tollwitz liegt, seit Jahr und Tag den Leichen, die zur Verbrennung eingeliefert worden sind, von Krematoriumsangestellten die Goldplomben ausgebrochen und dann verkauft worden. Weiter sind die Toten der Kleidung beraubt worden. Auch wurden zwei Leichen in einen Sarg gelegt und die dadurch eingeparteten Särge verkauft. Vom Dresdener Polizeipräsidenten wird mitgeteilt, daß die Akten des Kriminalamtes über die Vorgänge bereits gegen eine Reihe von Angestellten ein Disziplinarverfahren eröffnet worden.

aus organischer Geschmähigkeit gewachsene individuelle Diktion sofort konstatieren kann. Vorsichtiger ging Max Butting in zwei mehrstimmigen Chören an die Aufgabe heran, er nahm sich Regers Instrumentalfil als Vorbild. Prinzipielle Verneinung des tonalen Rangsystems gibt allerdings seinem reich differenzierten Kammerchorstil trotzdem eine subjektive Haltung. Die theoretische Frage, ob nämlich es auch möglich sei, die alten Formen selbst den zeitgemäßen Erfordernissen anzupassen, fand in Wilh. Weismann's italienischen Madrigalen eine zutreffende Antwort. Diefem bewussten Zurückgreifen auf älteres Formgut, das hier auch in der Natur der altitalienischen Texte und in ihrem echten Affektcharakter mit begründet war, standen in Felix Petref's drei geistlichen Frauenchören Beispiele einer Erneuerung der altdeutschen Volksliedkunst gegenüber. Aber in seiner musikalischen Gestaltung und künstlerischen Konsequenz wirkte das alles doch so neuartig und frisch, daß hier der Beifall spontan einsetzte und einwandsfrei der ungemein guten Schöpfung ihren reifen Charakter beistimmte. Soll eine Renaissance des Madrigalstils einsehen und stehen wir vielleicht vor einer neuen Hohe der Vokalmusik, so ist freilich auch Bedingung, daß der a-cappella-Gesang lebt. Es gibt leider nur wenige Vereinigungen, die schon heute den Anforderungen des neuen Chorstils gewachsen sind, zu diesen wenigen zählt jedoch in erster Linie die unter Hugo Hölles Leitung stehende Stuttgarter Madrigalvereinigung, die in den Donaueschinger Konzerten die sämtlichen, zum Teil sehr schwierigen Werke interpretierte. Für die Wiedergabe, die der wunderbaren Plastik der einzelnen Chorätze kaum etwas schuldig blieb, ist kein Wort des Lobes zuviel.

Was außerhalb dieser Chorarbeiten in den drei Konzerten noch zum Vortrag kam, war zwar der Zahl nach recht viel, aber doch inhaltlich nicht so bedeutend, daß es hier eine eingehendere Besprechung rechtfertigen würde. Merkwürdig und doch auch symptomatisch war, wie das eigentliche Gebiet der Kammermusik, das Streichquartett, in den Programmen durch Werke zurückgedrängt wurde, die sich einer nur allem durch die Beziehung von Wälfen erweiterten Besetzung zuwenden. Neben einem Quintett für Klarinette, Horn, Violine, Viola, Cello von Heinrich Kaminski, einem geborenen Badener übrigens, dessen Musik die alemannische Musikverwandtschaft nicht verleugnet, waren es vor allem die drei mit dem „Schottenspreis 1925“ ausgezeichneten Werke, die das stärkste Interesse beanspruchten. Von Paul Dessau hörte man ein nach klassisch dreifachem Schema angelegtes Konzettino für Solobiole mit Flöte, Klarinette und Horn, eine langvolle, thematisch nicht sehr komplizierte Arbeit, die von den Ausübenden gleichwohl bedeutend mehr verlangt als sie den Hörern gibt. Besonders die Violine als Hauptstimme ist technisch raffiniert ausgenutzt. Auch die Sätze der beiden anderen uraufgeführten Konzerte ist in der Auseinanderhaltung von Haupt- und Nebensächlichem gut, starkes Formgefühl scheint überall vor-

handen, kein Übermaß stört mehr, es stellt sich alles als wohlbedachtes Ebenmaß heraus und hat dementsprechende Wirkung. Als Potenz möchte ich freilich den Jungmannen Alexander Tschernin, der ein Konzert für Flöte, Violine und kleines Orchester schrieb, dem Finnenarre Merikanto vorziehen; denn dessen Konzert für Violine, Klarinette, Horn und Streichsextett wiegt auch an Inhaltsstärke, bedeutend leichter und weist noch impressionistische Züge auf, deren Weichheit dem Zeitgeschmack allzusehr unterworfen ist. Doch ist der Wert der beiden Leistungen unübersehbar, ein Urteil, das man auch den beiden Streichquartetten, die diesmal allein auf dem Programm standen, nicht vorenthalten darf. Freilich Ernst Ermatinger, der junge Schweizer, macht's sich und uns nicht leicht. Aber er ist trotz aller Verbiegtheit grundrührig und sehr pathisch, selbst so seine outrierte Monalität zum Widerspruch reizte. Alfred Casella, der Führer der Jungitaliener, ist dagegen mehr Freund der gemäßigten, erwogenen und klugvoll gesteuerten Töne, ein südländischer Musikant, der wohlweislich das allzu scharfe Licht und den dunkelsten Schatten meidet, unverkennbar aber ein Temperament, das unbedingt mitreißt. Er repräsentiert seine Nation genau so wie der Osterreich Otto Siegel sein gemäßigtes, immer noch romantisch angehauchtes Vaterland (Violinsonate) und wie schließlich auch Philipp Jarnach (Sonate für Klavier) das Romanentum, obwohl er als Wajoni-Schüler auch Einblick in andere Welten genommen hat. Unbedeutend erschienen mir von sämtlichen Werken nur wieder von Hanns Eisler, die keine gute Schönberg'sche Imitation, und vier Jagen von Felix Petref, die allenfalls als Klavierübungen (wie sie auch gedacht sind) Wert haben. Auch die in letzter Stunde dem Programm eingefügte und mit Spannung erwartete Uraufführung einer neuen Klavierfonate von Igor Strawinsky erbrachte nicht ganz den erhofften künstlerischen Gewinn. Man hätte zweifelnd über diesen großen Internationalen mit einem Orchesterwerk zu Wort kommen lassen sollen.

In der Aufführung der Werke war neben der schon genannten Stuttgarter Vereinigung wiederum das Amar-Quartett (Frankfurt) meist beteiligt, umgeben von einer Schär weiterer Künstler, von denen nur Prof. Karl Wagner (München, Klarinette) und Hermann Scherzen (Frankfurt, Dirigent) hier erwähnt seien. Heinrich Burhard führte bei dem üblichen Hauptgottesdienst in der lat. Stadtkirche eine schöne, sehr dankbare Messe von Otto Nicolai auf. Von den geselligen Veranstaltungen, die die Lage umrahmten, fiel noch der Begrüßungsabend hervor, bei dem auch die badische Regierung durch Geheimrat Schwörer und Regierungsrat Dr. Hal vertreten war. Auf die Begrüßungsworte von G. Hal, dem Vorsitzenden der Gesellschaft der Musikfreunde, erwiderte zunächst Geheimrat Schwörer mit einer launigen, sehr beifällig aufgenommenen Ansprache. Allen Beteiligten dankte sodann der Direktor der Gesellschaft, der Fürst zu Fürstentum in herzlichen Worten. S. S.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 28. Juli.

Nach Bekanntgabe zahlreicher Eingänge beantwortet Oberregierungsrat Frhr. v. Babo eine kurze Anfrage des Abg. Biegelmeier-Oberlich (Zentr.) betr. Krankenlasten und Reichsversicherung.

Ohne Aussprache wird sodann auf Grund eines Berichts des Abg. Dr. Föhr (Zentr.) die Novelle zum

### Vollzeigesetz

angenommen, wonach sich die Städte in gewissem Umfang auch an den Kosten der Polizeibereitschaft (Schuppolizei) zu beteiligen haben.

Es folgt die Beratung des

### Gebäudebesondersteuergesetzes

in Verbindung damit die Besprechung der Denkschrift des Innenministeriums über „Wohnungsnot und Wohnungsbau in Baden.“

Die Berichterstattung obliegt dem Abg. Nüderl (Soz.), der eingehend die langwierigen Verhandlungen im Haushaltsausschuss und das Zustandekommen des bereits bekannt gewordenen Kompromisses unter den Koalitionsparteien schildert. Die völlige Steuerfreiheit der Landwirtschaft ist befristet, den Wünschen der Hausbesitzer, soweit es möglich schien, Rechnung getragen. Der Steuerfuß wird ab 1. Juli d. J. von 8 auf 10 Pf. erhöht. Man glaubt, durch die vorgeschlagene Änderung des Wohnungsbau 5,2 Millionen zuzuführen zu können, d. i. etwa doppelt so viel als bisher. Außerdem wird eine Entschädigung beantragt, die Regierung zu ersehen, in § 14 der Vollzugsordnung die Möglichkeit weiterer Steuerermäßigungen zu schaffen.

Die Oppositionsparteien haben ihre im Ausschuss abgelehnten Änderungsanträge auch dem Plenum vorgelegt. Der Verband der badischen Hotelindustrie hat eine Telegramm an den Landtag bezw. die Fraktionen gerichtet, mit dem dringlichen Ersuchen um Berücksichtigung des schwer darniederliegenden Hotelgewerbes durch Ermäßigung der Gebäudebesondersteuer.

In der Aussprache verliest Abg. Dr. Föhr eine Erklärung des Zentrums, wonach dieses der Vorlage zustimmt im Hinblick auf die unerträgliche gewordene Wohnungsnot. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß wir uns in absehbarer Zeit dem Ende der Zwangswirtschaft nähern und betont, daß man sich für den etwaigen Ausbau der Gebäudebesondersteuer die freie Entscheidung vorbehalte.

Abg. Maier-Seidelberg gibt namens der sozial. Fraktion eine ähnliche Erklärung ab. Die Notwendigkeit der sofortigen Räumung von Wohnungen zur Verringerung der ungeheuren Wohnungsnot habe alle Bedenken in den Hintergrund geschoben. Bei einem weiteren Ausbau der Steuer müsse allerdings die Grundlage für die Steuerfreiheit revidiert werden.

Abg. von Au (Wirtsch. Vgg.) begründet seinen im Interesse der Hausbesitzer gestellten Antrag und regt eine Mietjinsregelung nach dem Beispiele Württembergs an.

Abg. Dr. Mattes (D.Vp.) bemängelt die Art der Behandlung der Materie im Ausschuss und fragt nach den Auswirkungen der Vorlage auf die Staats- und Gemeindefinanzen. Er begründet dann verschiedene Anträge, die sich auf die steuerliche Erfassung gewerblicher Räume, die besondere Lage der Hotelindustrie usw. beziehen.

Abg. Bod (Komm.) bekämpft die Vorlage, die auf eine neue Belastung der Mieter hinausläufe.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.Vp.) verliest eine Erklärung, der zufolge sich seine Partei aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Sondersteuer wendet.

Abg. Klüber (Landw.) bezieht sich auf die Regierungsvorlage, die die völlige Steuerfreiheit der land- und forstwirtschaftlichen Gebäude vorsieht. Es sei aber anerkannt, daß die jetzige Vorlage eine wesentliche Entlastung der Landwirtschaft bringe, weshalb der Landbau sie nicht rundweg ablehnt, sondern sich der Stimme enthält.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) tritt der Annahme entgegen, als ob der Antrag Freudenberg eine Entlastung der gewerblichen Betriebe auf Kosten der übrigen Erwerbszweige hätte erreichen wollen. Der Redner geht auf Einzelheiten näher ein und sieht in der Vorlage den zurzeit einzig möglichen Weg.

Innenminister Kemme hebt darauf ab, daß die Grundlage der Gebäudebesondersteuer die dritte Steuernotverordnung ist und die Länder von Reichswegen zur Weitererhebung der Steuer verpflichtet sind. Die Erklärung des Abg. D. Mayer stehe im Widerspruch mit der Haltung der deutschen Reichstagsfraktion und ihrer Minister in der Reichsregierung. Die Mietjinsverhöhung werde zwar zweifellos dem Reiche vorgeschrieben. Der Streit gehe darum, inwieweit den Hausbesitzern der Mietjins weggekauft werden soll. Die Frage des Abg. Dr. Mattes nach der Stellungnahme der Regierung zur Vorlage der Koalitionsparteien habe schon im Ausschuss eine klare Antwort gefunden. Die Koalitionsparteien bräuten keinen gemeinsamen Antrag ein, ohne sich der Zustimmung ihrer Mitglieder in der Regierung zu versichern. Die jetzige Vorlage bringe der Regierung übrigens mehr Geld als ihre eigene Vorlage, eine sehr begrüßenswerte Tatsache, angesichts des entsetzlichen Wohnungsmangels. In bezug auf den Wohnungsbau sollten doch die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreise endlich den Gesichtspunkt der Solidarität wahren lassen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Berichterstatters wird in die Einzelberatung eingetreten.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt und die Vorlage in beiden Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Volksparteier und Kommunisten bei Stimmhaltung der Landständler angenommen. Das Stimmenverhältnis ist folgendes: 64 Ja, 13 Nein, 4 Enthaltungen.

Annahme findet die Entscheidung, worin die Regierung erwidert wird, auf Antrag weitere Steuerermäßigungen zu gewähren, und die Gemeinden anzuweisen, den § 9 des G. G. auch auf die Hotelbetriebe in Kurorten anzuwenden ist, wenn die Räume dieser Betriebe außerhalb der Kurzeit gar nicht oder nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil benutzt werden. Im mehr als 50 v. H. soll die Jahressteuer in der Regel nicht herabgesetzt werden.

Das Haus tritt alsdann in die Beratung des zweiten Nachtrages zum Staatsvoranschlag für 1924/25 ein, und zwar bei den Positionen des Ministeriums des Innern. Ueber den allgemeinen Teil berichtet Abg. Dr. Föhr (Zentr.). Der Ausschussantrag geht auf Bewilligung der Budgettitel bei Erhöhung des außerordentlichen Beitrages an den badischen Landesverband zur Bekämpfung der Ruhrkrise von 35 000 auf 85 000 Mark. Ferner soll die Regierung um Prüfung der Frage ersucht werden, ob eine Revision des Sparassengesetzes vom 28. Juni 1923 erforderlich ist. Für das Hinderfolb des Badischen Frauenvereins in Dürkheim wird eine staatliche Unterstützung angeregt.

Abg. Weighaupt (Zentr.) berichtet über Titel 18: „Landwirtschaft und Ernährung.“

Auch hier wird Genehmigung der Positionen beantragt. Der Referent verbreitet sich anschließend über die Denkschrift betr. Zwangsversicherung der Pächter. Der Ausschuss geht mit der Regierung einig, daß zurzeit in Baden

keine Notwendigkeit besteht, die obligatorische Hagelversicherung einzuführen.

Er stellt einen Antrag in diesem Sinne. Auch die Landwirtschaftskammer vertritt den gleichen Standpunkt.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) referiert über die Hauptabteilung VI (früheres Arbeitsministerium) worin die Anforderungen, für die soziale Fürsorge, Wohnungs- und Siedlungswesen, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge enthalten sind. Der Antrag geht auf Genehmigung der Positionen.

Gegen 12 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt.

### Haushaltsausschuss und Justizministerium

Am Freitag voriger Woche beriet der Haushaltsausschuss die Abteilung 4 des 2. Nachtrags: Justizministerium. Der „Bad. Beob.“ berichtet darüber:

Zur allgemeinen Debatte ergreift zunächst ein führendes Mitglied der Sozialdemokratie das Wort und charakterisiert die Richtung der

### Amnestie

die als eine „Befriedung“ des deutschen Volkes in seinen Städten und Richtungen angekündigt war. In ihrer jetzigen Gestalt bedeute sie eine einseitig wirkende Maßnahme, namentlich durch die Fristsetzung mit 1. Oktober 1923. Diese bewirke Freilassung der politischen Vergeben von rechts, während andere politische Vergeben unter Strafe bleiben. Er erwarte, daß der Reichstag die Fristsetzung ablehne, wie es das Land Baden im Reichsrat getan habe. Eine Amnestie dürfe doch nicht als Geschenk an etwaige Wählerkreise des obliegenden Staatspräsidenten wirken. Das widerstrebe ihrem Charakter. Amnestien hätten überhaupt ihre zwei Seiten.

Auch der Justizminister war der Auffassung, eine Amnestie müsse gleich und gerecht sein. Die Justizverwaltung sei nicht für Amnestien, besonders dann nicht, wenn sie etwa alle sieben Jahre mit der Reichspräsidentenwahl verbunden würden. Das müsse mit der Zeit dahin führen, daß eine ruhige Rechtsprechung nicht mehr im erforderlichen Umfang möglich wäre. — Dann führte ein Zentrumredner aus, daß die

### Notare

durch den Abbau wohl am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Es sei daher erwünscht, ihnen Ersatzstellen in besserem Verhältnis zu geben. Zugleich erwiderte es durch die Änderung der Amtsbeziehungen der Amtsrichter und Amtmänner geboten, den Notaren die Amtsbezeichnung Justizrat zu geben. Ferner solle man auch den Notaren die Aufwertungsachen zur Erledigung übergeben.

Zur Rechtsprechung übergehend, betonte der Redner, daß es geboten sei, daß auch bei Fällen, die jetzt dem

### Eingekerkert

übertragen seien, sich der Richter vor der Verkündung des Urteils einen Augenblick zurückziehe, um sein Urteil in Ruhe nachzuprüfen und um nicht den Anschein zu erwecken, als handle er noch unter dem Eindruck einer gewissen Erregung. Ein sozialdemokratischer Redner war ebenfalls der Ansicht, daß sich das System des Einzelrichters gut bewähre, es hänge das allerdings in erster Reihe von den Persönlichkeiten ab. Dann verbreitete sich der Redner über

### die Unterjuchungshaft in Baden,

wo es glücklicherweise nicht vorkommen könne, daß ein Untersuchungsgesangener lange Zeit dem Richter nicht vorgeführt werde. Zur Führung von Aufwertungsachen durch die Notariate ist die Regierung der Auffassung, daß sie ihrem Charakter nach mehr unter die Tätigkeit richterlicher Entscheidungen fielen. Leider sei in der „Bad. Presse“ ein durchaus irreführender Artikel erschienen, der geeignet sei, die Aufwertungsachtlager zu ihrem Schaden auf ganz falsche Wege zu weisen. Eine solche Agitation in einer Sache, die jetzt vor allem Ruhe brauche, sei nicht zu verantworten. Die badische Justizverwaltung werde dem Landtag noch eine Amnestievorlage zugehen lassen, aber ohne eine Befristung mit 1. Oktober 1923.

### neue Zivilprozessordnung

werde jedenfalls den Reichstag 1927 beschäftigen. Eine Ausschaltung des Parteibetriebs sei von den Anwälten nicht gewünscht. Aber die Anwälte wünschten auch ihrerseits eine rasche Erledigung oder entsprechenden Vergleich. Allerdings sei der Anwalt darüber, ob sein Klient zum Vergleich reif sei oder nicht, darüber meist besser unterrichtet als der Richter. Das jetzige Schwurgericht sei gut. Was das Armenrecht betreffe, so soll in Zukunft neben dem bürgermeisterlichen Vermögenszeugnis eine Unterschrift des Finanzamts gefordert werden. In Baden kommen heute 9,2 Mark Anwaltsgebühren auf den Kopf der Bevölkerung, in Bayern 10,22 M., in Sachsen 15,09 M., in Preußen 18,17 M. —

### Unterjuchungshaft in Baden

solle überall auf einen guten Stand gebracht werden, auch da, wo zurzeit überfüllte Gefängnisse sind. Die Staatsanwälte berichten in jedem Vierteljahr, welche Untersuchungsgesangene vorhanden sind, wie lange und warum sie in Haft sind. Dadurch ist eine Gewähr gegeben, daß der Generalstaatsanwalt über diese Dinge im Bilde ist.

Auf Anfrage eines deutschnationalen Abgeordneten, nach welchen Gesichtspunkten die jungen Juristen in die Verwaltung übernommen werden, antwortete die Regierung, daß man zunächst die Kriegsteilnehmer aus Gründen der Gerechtigkeit zurückzubehalten müsse. Aus den jüngsten Examen seien die drei ersten übernommen worden. Eine Zentrumrednerin fragte an, ob die Justizverwaltung weibliche Juristen grundsätzlich ablehne. Die Regierung verneinte das. — Dann setzte eine Debatte über

### Staatszuschüsse bezw. Darlehen an die caritativen Fürsorgeanstalten

ein; sie wurde mit einer gewissen Erregung geführt. Es wurde nämlich von sozialdemokratischer Seite beanstandet, daß der Staat Zuschüsse an Anstalten leiste, die letzten Endes den kirchlichen Gemeinschaften, bezw. privaten, religiösen Vereinen gehörten. Es könne ja auch der Staat seine eigenen Anstalten bauen und mit deren Führung dann die religiösen Gemeinschaften beauftragen. Zentrumredner betonten, daß es billiger sei, schon vorhandene Anstalten entsprechend auszubauen und unter Aufsicht des Staates führen zu lassen. Der Staat brauche unerwünschte Summen, wenn er selbst Erbauer und Leiter solcher Erziehungsheime in weitem Ausmaße sein müsse.

Die Regierung wurde von sozialdemokratischer Seite aufgefordert, eine Aufstellung über die künftige Entwicklung solcher Anstalten usw. zu geben. Die Regierung erinnerte daran, daß das Reichsfinanzgesetz auf eine Verbindung mit den religiösen Vereinen hinwies. Uebrigens seien Flehingen, Sinsheim, Weingarten und Sülzingen Eigentum des Staates und den caritativen Vereinen zum Betrieb übergeben. Man freue sich der Verehrungen, dem Staate zu ermöglichen, auch von sich aus eigene Anstalten zu schaffen.

Der Justizetat wurde dann im Ganzen mit 55 000 Mark im ordentlichen und mit 840 000 M. im außerordentlichen Etat genehmigt. Die Abstimmung über Zuschüsse an nipaataliche Anstalten wurde ausgesetzt.

## Eingänge

Dem Landtag ist eine Novelle zum Landesgesetz betr. Sicherung einer einheitlichen Regelung des Beamtenbesetzungsgesetzes vom 4. Oktober 1921 zugegangen, ferner ein Gesetzentwurf über die Ausbildung der Volksschullehrer (Lehrerbildungsgesetz) und eine Novelle zum Besoldungsgesetz.

Die Abg. Nüderl (Soz.) u. Gen. haben einen Initiativantrag auf Vorlage eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes eingebracht.

Die Städte Bruchsal, Durlach und Konflanz, sowie der Verband badischer Gemeinden haben Eingaben an den Landtag gerichtet wegen Änderung des Steuerverteilungsgesetzes. Ein Gesuch des Bürgerausschusses Freiburg handelt von der Aufstellung der Gemeindevoranschläge. — Ferner macht die Stadtverordnetenverwaltung Freiburg den Neubau der klinischen Krankenhäuser zum Gegenstand einer Eingabe.

Der Badische Lehrerbund und der Verein Badischer Lehrerinnen werfen anlässlich des 2. Nachtrages zum Voranschlag erneut die Frage der Stellenbesetzung auf.

Aus Mannheim liegt eine Eingabe vor, die sich gegen die Grundsteuerpflicht der Turn- und Sportvereinigungen wendet.

Die Gemeinde Sippingen (Amt Überlingen) und Steinfurt wünschen die Errichtung einer erweiterten Lehrerstelle. Die Stadt Heidelberg wird wegen der Reduktionalisierung vorstellig.

Der Landeskyndelrat der altkatholischen Kirche in Baden hegt Wünsche in bezug auf die Staatsdotations.

Die Ortsgruppe Baden-Baden des Hilfsbundes für die Elch-Lohringer im Reich hat sich wegen der Nachentfaltung für die Vertriebenen an den Landtag gewandt.

Der Verband badischer Gemeinden fordert die Aufwertung der Einkaufsgelder in das Bürgerrecht und in den Bürgerrechten.

Der Reichsverband der Deutschen Presse in Berlin legt in einer Einabe seine Wünsche zum Entwurf für ein allgemeines deutsches Strafgesetzbuch dar.

Der Badische Städtebund präzisiert seine Wünsche gegen über den Fürsorgeverbänden.

## Die badischen Landtagswahlen

Am Sonntag hat in Karlsruhe eine gutbesuchte Wahlkreisversammlung der Zentrumspartei für den Wahlkreis V (Karlsruhe—Bruchsal—Forzheim) stattgefunden. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen. Schulinspektor Wiedemann-Bruchsal, der seit 1905 dem Landtag angehört, wird aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr kandidieren. Als Spitzenkandidat wurde wiederum Finanzminister Dr. Köhler aufgestellt. An zweiter Stelle steht der bisherige Abgeordnete, Landwirt und Bürgermeister Biegelmeier in Langenbrücken, für den im Falle eines Verzichts wegen vorgerückten Alters der Bürgermeister und Müller Otto Feingmann in Ostringen in Frage käme. Die dritte Stelle nimmt wiederum Frau Clara Siebert, Vorsitzende des katholischen Frauenbundes in Baden, ein, und an die Stelle des ausscheidenden Abgeordneten Wiedemann tritt Hauptlehrer Berberich in Bruchsal. Weitere Kandidaten sind Gemeindevater Kiefer-Stillingen, Vorsitzender des Verbandes der christlichen Eisenbahner Badens, Professor Dr. Schmidt in Forzheim, Notar Haas in Karlsruhe, Fabrikant Wohlfahrt in Grödingen usw. bis Nr. 16.

## Der Verein badischer Landesökonomieräte

hielt vor einigen Tagen in Offenburg seine Jahresversammlung ab. Als Vertreter des Ministeriums des Innern nahm Herr Oberregierungsrat Cronberger an der Tagung teil. Der erste Tag war ausschließlich den Beratungen über Förderung der Landwirtschaft gewidmet. Eine ausgiebige Aussprache verlief über den organischen Aufbau des landw. Unterrichtswezens in Baden in bezug auf die ländlichen Fortbildungs- und landw. Fachschulen hervor. Die aufgestellten Richtlinien wurden gut geheißen, und die zuständigen Stellen sollen gebeten werden, baldmöglichst sich mit diesen wichtigen Fragen zu beschäftigen. Auf eine gebiegene allgemeine Fachausbildung unserer Landwirte ist nach wie vor das Hauptaugenmerk zu richten. Eine Reform der geschaffenen Einrichtungen und deren Anpassung an die neuzeitlichen Anforderungen müssen angestrebt werden. Auf Grund vorhandener Vorkenntnisse muß eine erfolgreiche Wirtschaftsberatung überall bis in das kleinste Bauernhaus hinein möglich sein. Die bereits erfolgte Herausgabe eines landw. Lehrbuchs für die landw. Schulen durch den Verein fand allseitige Zustimmung.

Bezüglich der Gründung von Bauernhochschulen nahm die Versammlung vorerst eine abwartende Stellung ein, es müssen in dieser Hinsicht noch weitere Erfahrungen gesammelt werden. Allgemein anerkannt wurden die weitgehenden Unterstützungen, die die Staatsregierung der Durchführung von Kulturverbesserungen im Lande angedeihen läßt. Besondere Wünsche hinsichtlich dieser Maßnahmen wurden zur Kenntnis gebracht. Eine wichtige Frage, die neben anderweitigen kleineren Organisationsfragen den Schluß des ersten Tages bildete, war ferner der Zusammenschluß der Vereine ehemaliger Landwirtschaftsschüler zu einem Landesverband. Der zweite Versammlungstag galt vornehmlich der Besprechung von Berufsfragen. Nach Dantesworten an alle Teilnehmer schloß der Vorsitzende die Tagung mit dem Wunsche, daß diese für die Landwirtschaft ebenso fruchtbringend sein möge, wie sie arbeitsreich war.

## Badische Landwirtschaftskammer

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer hat wie berichtet wird, in seiner letzten Sitzung u. a. auch zu einzelnen aktuellen, die Landwirtschaft besonders berührenden Gesetzentwürfen Stellung genommen. Zu dem neuen Weinsteuergesetzentwurf beantragt die Badische Landwirtschaftskammer, daß jeglicher Hausrunk, verbraucht in landwirtschaftlichen Betrieben, steuerfrei belassen werden soll. Ferner soll der Hersteller von Hausrunk, soweit er für den eigenen Gebrauch verwendet wird, keinerlei Kontrolle unterworfen werden. Die Verbrauchswerte sollen steuerlich wie bisher behandelt werden. — Hinsichtlich des Entwurfes des Badischen Gebäudebesondersteuergesetzes beschloß die Badische Landwirtschaftskammer eine Eingabe an die Regierung, in der diese gebeten wird, alsbald die vom Badischen Landtag beschlossene Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäudebesondersteuer gesetzlich festzulegen. — Bezüglich der von der Regierung dem Landtag vorgelegten Denkschrift über die Einführung der obligatorischen Hagelversicherung in Baden empfiehlt die Badische Landwirtschaftskammer Beibehaltung der derzeitigen Regelung, einmal weil die Interessen des badischen Landwirtes durch den Vertrag mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft hinreichend gewahrt seien, und dann weil die Landwirtschaft in der Einführung einer Zwangshagelversicherung nur einen Nachteil in die Zeit der Zwangswirtschaft erblicke. — Hinsichtlich der Frage der Ablösung der Raubstreuung will die Badische Landwirtschaftskammer

das Ergebnis der Maßnahmen der Forstverwaltung abwarten. Zu dem jeweiligen Entwurf eines Reichsgesetzes vertritt die Badische Landwirtschaftskammer den Standpunkt, daß zurzeit kein Bedürfnis für die Erlassung eines besondern Reichsgesetzes bestehe.

### Das amtliche Album der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung

Das amtliche Album der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung, das in vornehmer Ausstattung eine große Zahl von Aufnahmen der Ausstellung enthält, ist jetzt erschienen und kann auch im Inland in einzelnen Exemplaren zum Selbstkostenpreis bezogen werden. Nähere Auskunft erteilt Polizeirat Klausmann-Karlsruhe, Ministerium des Innern, Schloßplatz 19.

### Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung „Der Zahnarzt“ Karlsruhe 31. 7. — 8. 8. 1925.

Die Arbeiten für die Ausstellung „Der Zahnarzt“ geben der Vollendung entgegen. Im Rahmen der Tagung finden verschiedentlich Vorträge über Schulhygiene statt, die für Schulbehörden, Lehrer und Eltern von allergrößtem Interesse sein dürften. Mittwoch abend sprechen im Kulgebäude 2. Stock, Hörsaal 16:

1. Rektor Dertel, Geschäftsführer des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege: über „Die Bedeutung der Schulgesundheitspflege“.
2. Dr. med. Weisler, Tuberkulose-Beratungsstelle Karlsruhe: über „Schule und Tuberkulose“.
3. Dr. med. Dachtel, Berlin von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Krupfpestums: über den „Hygieneunterricht in der Schule“.

Die Ausstellung wird ein lüdenloses, in solchem Ausmaße bisher noch nicht gezeigtes Bild der wissenschaftlichen Zahnheilkunde zeigen und das Ergebnis einer tiefgründigen wissenschaftlichen Arbeit sein, die das früher nie energisch bearbeitete Gebiet, seiner Bedeutung für den Körper entsprechend, auf die Höhe der übrigen Heilkunde zu bringen sucht. Die Unterstituten, die Kaiser Wilhelm-Akademie in Berlin, Landesgesundheitsverwaltung, private und ausländische Sammler beteiligen sich an der Ausstellung. Entsprechende Vorträge und Filmvorführungen vermitteln den Besuchern die Bekanntschaft mit dem notwendigen Wissen und geben besondere Anleitungen zur Verhütung der Krankheitsübertragungen von Mensch zu Mensch. Einen breiten Raum der Ausstellung bildet die Schulgesundheitspflege, die Pflege des Kindermundes und die zweckmäßige Pflege des Mundes der werdenden und der jungen Mutter, sowie des Säuglings. Die Teilnahme der Gesellschaften zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten kennzeichnen am besten die Bedeutung der Ausstellung.

Ein Badener Reichsbahnpräsident in Frankfurt. Der Geh. Regierungsrat Dr. Max Moser, der bisher im Reichsverkehrsministerium tätig war, ist mit der Leitung der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. betraut worden. Dr. Max Moser ist 1880 in Tübingen, Amt Vörsach, geboren und besuchte das Gymnasium in Heidelberg. Nach Ablegung seiner Abiturprüfung trat er 1907 in den Dienst der badischen Staatsbahnenverwaltung und war dort bis zum Jahre 1919 tätig, zuletzt als Mitglied der Generaldirektion Karlsruhe. Während des Krieges war er in das Feldbahnenwesen abgeordnet

worden. Im November 1919 wurde er in das Reichsverkehrsministerium berufen.

Die Beisegung des Oberstiftungsrats-Präsidenten a. D. Dr. Stark fand am Montag auf dem Hauptfriedhof unter Teilnahme einer großen Trauergemeinde statt. In der Friedhofkapelle hielt Stadtpfarrer Baumgärtner in Vertretung des Dekans die Gedächtnisrede. Der Trauerzug, an dem sich auch das Korps Suevia-Freiburg beteiligte, geleitete nun den Sarg zur letzten Ruhestätte. Die Kranzniederlegung eröffnete Oberstiftungsrat Strom für die Beamten des Oberstiftungsrats. Es folgten das Korps Suevia, der Badische Frauenverein, der Verwaltungsrat der St. Vincentius-Krankenanstalten, der Landesverband des Roten Kreuzes und der Verein akademischer Finanzbeamter Badens. Auch die Oberpostdirektion Karlsruhe ließ einen Kranz niederlegen. Der frühere Großherzog von Baden hatte ebenfalls einen Kranzspende übersandt.

Zum Streit im Baugewerbe. Zwecks Herbeiführung eines Verstandes zur Beilegung des Streites im Baugewerbe hatten am Samstag Verhandlungen vor dem Landesoberster hier begonnen, die heute fortgesetzt werden sollen.

Luftverkehr Basel-Berlin. Durch Verbindung bereits bestehender Linien und deren Weiterführung soll jetzt eine Luftverkehrslinie geschaffen werden, die Basel, Stuttgart, Leipzig und Berlin verbinden soll. Bereits Ende dieser Woche wird der Deutsche Aero-Club die neue Luftlinie dem regelmäßigen Betrieb übergeben. Aufstieg in Basel 11 Uhr vorm., an Berlin 5.30 nachm., ab Berlin 7 vorm., an Basel 1.15 nachm. Ein Schnellzug benötigt zur Zurücklegung dieser Strecke 16 Stunden, das Flugzeug nur etwa 6 1/2 Stunden.

Revolte in einer Erziehungsanstalt. In der in der Nachbarschaft gelegenen Erziehungsanstalt Scheidehardt kam es — lt. „Badische Presse“ — Sonntag Nacht zu einer „Revolte“ der weiblichen Fürsorgezöglinge. Sämtliche 70 Mädchen beteiligten sich an dieser nächtlichen „Demonstration“. Sie vollführten nicht nur einen Hebelärm, sondern schlugen in den Zimmern alles kurz und klein. Schließlich mußte Gendarmerie requiriert werden, der es in kurzer Zeit gelang, Ordnung und Ruhe wiederherzustellen. Als Grund sollen die Mädchen ungenügende Verpflegung angegeben haben.

Gierhandel in der Stadt Karlsruhe. Die Gierhändler und das Tier laufende Publikum machen wir auf die in dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung der Polizeidirektion Karlsruhe über den Gierhandel in der Stadt Karlsruhe besonders aufmerksam.

Weiternachrichtenbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 28. Juli, vormittags 8 Uhr: Die Lage des Tiefdruckgebietes im Nordwesten ist wenig verändert. Sein Kern befindet sich heute morgen über der Nordsee, während ein kleineres Tief sich abgezeichnet hat und gegenwärtig über Süd-Scandinavien liegt. Bei Zufuhr kühler und feuchter Seeluft infolge kräftiger Südwestwinde lagen die Temperaturen in Deutschland heute morgen durchweg unterhalb 13 Grad, speziell Baden hatte in der Ebene 10—11 Grad, im Hochschwarzwald 4 Grad Morgentemperaturen. Unter dem Einfluß des Nordwesttiefs wird auch morgen noch in Baden kühles Wetter, verbunden mit einzelnen Niederschlägen, vorherrschen. Doch dürfte in einigen Tagen infolge schon heute bemerkbaren Aufsteigens des Druckes auf der Nordseite der Cyclone allmählich Auflockerung zu erwarten sein. Vorschau für morgen: Vorderland noch fortdauernd des unbeständigen und kühlen Wetters bei südwestlichen Winden. Strichweise leichte Niederschläge.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus: Heute Dienstag, den 28. und übermorgen Donnerstag, den 30. Juli gelangt der große Ausstattungsschlag „Gräfin Mariza“ in den Originalbesetzung zur Wiederholung. Morgen Mittwoch, den 29. Juli kommt die beliebte Operette „Das Musikantenmädchen“ zum letzten Male zur Darstellung. Freitag, den 31. Juli Erstaufführung des Altwiener Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ von Franz Schubert. — Postkarten von „Gräfin Mariza“ sind an der Tageskasse und bei sämtlichen Vorverkaufsstellen käuflich zu haben.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	28. Juli		27. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.37	168.79	168.44	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	97.18	97.42	95.63	95.87
Italien 100 S.	15.32	15.96	15.415	14.456
London 1 Pf.	20.363	20.423	20.372	20.421
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	10.82	10.86	10.71	10.75
Schweiz 100 Fr.	61.42	61.62	61.43	61.63
Wien 100 Schilling	59.067	59.207	59.062	59.202
Prag 100 Kr.	12.425	12.465	12.443	12.75

Zuteilung überall 100 Prozent

### Staatsanzeiger

Dem Verband zur Wahrung der Interessen der Krankenkassen in Hessen in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 28. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Leers

Dem katholischen Jugendheim in Mannheim, dem katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Mannheim-Neudorf und dem St. Katharinenstift in Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 22. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Leers

Bekanntmachung Die Umfassung der bisherigen abgeordneten Gemarckung Heimbheim von Altheim nach Gerichtsbezirk.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat nach Einholung der staatlichen Genehmigung durch Umschließung vom 23. Mai 1925 Nr. 5557 (Anzeigeblatt für die Erzbischöfliche Freiburg Nr. 16 vom 19. Juni 1925) die auf dem Gebiete der ehemaligen abgeordneten Gemarckung Heimbheim befindlichen Katholiken mit Wirkung vom 1. April 1925 vom Pfarrverband und der katholischen Kirchengemeinde Altheim losgetrennt und mit der Pfarrei und Kirchengemeinde Gerichtsbezirk vereinigt.

Karlsruhe, den 24. Juli 1925.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts,  
J. B. Dr. Schmitt

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus  
Morgen Mittwoch, 29. Juli, abends 7 1/4 Uhr  
Die volkstümliche Operette  
**Das Musikantenmädchen**  
von Georg Jarno  
Billets von M. 1.50—5.30 bei F. Müller, Kaiserstr.,  
Zigarren-Brunnert, Kaiserallee, Holzschuh, Werder-  
straße 48, und an der Tageskasse. C. 548  
Donnerstag: Gräfin Mariza

**Auf idealem Wege!**  
Ich wünsche Gedankenaustausch mit geistig hochstehendem, frei- und großdenkendem, charaktervollem, jüngeren oder älterem Mann, Beamten (Stadt oder Land), zwecks geistiger Anregung und evtl. späterer Ehe. Bin hübsche, vermögliche Dame aus sehr gutem Hause, sehr intelligent, in jeder Beziehung gebildet, tüchtige Hausfrau. Idealgewinnete Herren, welche Freude hätten an einem Briefwechsel Baden—Württemberg wollen ihre Angebote unt. C. 595 an die Exped. d. Karlsru. Zig. richten.

**Wohlfahrtspflege in Baden**  
Amtliche Zusammenstellung  
der von Reich und Land zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 erlassenen grundsätzlichen Bestimmungen  
Preis 40 Pfennig  
Verlag G. Braun in Karlsruhe  
Karlsruerstraße 14

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 14. Juli 1925 Nr. 7007 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgd. Nr. 20877 (alt) und 20881 (alt) auf Gemarckung Forzheim gemäß § 16 Abs. 6 O. St. G. verpflichtet sind, an der Neuenteilung der Grundstücke im Gewann „Dillsteiner Scheuerberg“ zwischen Friedenstraße, Feldweg Lgd. Nr. 20876, Stadtwald Distrikt Scheuerberg und Grundstück Lgd. Nr. 20916 auf Gemarckung Forzheim nach Maßgabe des vom Stadtrat Forzheim vorgelegten Planes vom 4. September 1924 teilzunehmen.

Forzheim, den 25. Juli 1925.  
B. 350  
Bekanntm.

**Fels = Pilsener ist voller Erfrischung für Tschechen-Pilsener**  
C. 561

Den Eierhandel in der Stadt Karlsruhe.  
Mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe und nach Vollziehbarerklärung durch den Herrn Landeskommissar hier, die mit Erlaß vom 11. Juli 1925 erfolgt ist, wird hiermit aufgrund der §§ 87 a Pol. St. G. B. 15 der Gesundheitsverordnung vom 23. Dezember 1908 folgende ortspolizeiliche Vorschriften für die Stadt Karlsruhe erlassen:

1. Die zum Handel bestimmten Eier werden nach Maßgabe der §§ 2—6 dieser Vorschrift als:  
1. Trinkeier (frische Landeier),  
2. inländische Eier (keine Trinkeier),  
3. ausländische Eier,  
4. konservierte Eier,  
5. Flederer  
unterchieden.

Die Behälter, in denen die Eier feilgehalten oder verkauft werden, haben hiernach in deutlich lesbarer Schrift die Bezeichnung der einzelnen Eierarten zu tragen.

2. Trinkeier (frische Landeier) sind nur diejenigen unbeschmutzten, inländischen Eier, die höchstens acht Tage alt und von hervorragender Beschaffenheit und Frische sind.
3. Als inländische Eier sind ältere inländische, nicht konservierte Eier zu bezeichnen.
4. Ausländische Eier sind die aus dem Auslande bezogenen, nicht konservierten Eier. Ihre Herkunft ist beim Verkauf durch deutliche Schrift anzugeben (italienische, ungarische, steiermärkische Eier usw.). Sie dürfen als frisch oder ähnlich nicht bezeichnet werden.
5. Konservierte Eier inländischen oder ausländischen Ursprungs sind solche Eier, welche durch besonderes Verfahren, z. B. Aufbewahren in Küchlein, Eintauchen in Kaltwasser oder Wasserglas, Überziehen mit Harzen, Wachserien, Fetten, Öl oder dergl., vor dem Verderben bewahrt werden. Das Konservierungsmittel ist beim Verkauf anzugeben („Küchlein“, „Käseier“, „Wassergläser“ usw.).
6. Flederer sind beim Verkauf und bei der Lagerung ausdrücklich als solche, d. h. als minderwertige und nur bedingt taugliche Eier zu bezeichnen.
7. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden an Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 24. Juli 1925. O. J. 106  
Bekanntm. — Polizeidirektion B. B. 333

**Verwaltungsassistent gesucht.**  
Bei der Stadtverwaltung Radolfzell ist die Stelle eines **Verwaltungsassistenten** sofort neu zu besetzen. Der Stelleninhaber hat die für einen Verwaltungsassistenten in Betracht kommenden Arbeiten der Verwaltungsstaftreiber zu besorgen. Die Anstellung erfolgt nach Gruppe V. Schriftlich und Besichtigung der Schreibmaschine find unerlässliche Bedingungen.

Radolfzell, den 23. Juli 1925.  
Gemeinderat.

**Einladung**  
zu einer außerordentlich Hauptversammlung der **Gemeinnützigen Bauernschaft der Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen am Freitag, den 31. Juli 1925, abends 8 1/2 Uhr** im Klubzimmer des Friedrichshofs, Karlsruerstraße 28.

Tagungsordnung: Aufhebung der Genossenschaft.

Karlsruhe, 25. Juli 1925.  
Der Vorstand:  
Hof. Schillingen.

**Metallbetten**  
Das Verlegen von 6 km Eisenbahnüberbau mit Holzschwellen auf der Neubautrassen Titisee—St. Blasien (Teilstrecke Malsch—Seehausen km 18,7 bis 19,7) samt Gewinnen des Bettungsmaterials aus bahneigener Kiesgrube soll öffentlich vergeben werden. Zeichnungen und Bedingungen auf unserer Kanzlei zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsformulare zu 1 Mk. Angebote mit entsprechendem Aufschreibebis zu dem am 5. August 1925, vorm. 11 1/2 Uhr, stattfindenden Öffnung gebührenfrei einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. B. 332

Kaufstadt i. Schw., den 25. Juli 1925.  
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.  
Vorstand der Bauabteilung.

**Detektiv u. Privat-Argus**  
"Monnheft" O. G. 6.  
Planke 9.17 Fernspr. 3503  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Güterrechtsregister.**  
Breiten. B. 549  
Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 25: Effenmann, Karl, Landwirt in Ruit, und Anna geb. Bülger, Vertrag vom 7. Juli 1925. Gütertrennung. Breiten, 16. Juli 1925. Amtsgericht.

Bühl. B. 319  
Güterrechtsregister eintrag Band I Seite 7: Karl Bühl, Landwirt in Steinhoch, und Helene geb. Biegler ebenda. Durch Vertrag vom 6. Juli 1925 ist Gütertrennung nach B. G. B. bewirkt.  
Wühl, 21. Juli 1925.  
Bad. Amtsgericht II.

Mannheim. B. 941  
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde am 24. Juli 1925 eingetragen:  
Unter O.-J. 847: Otto Günther, Kaufmann, Mannheim, und Emma geb. Reith dafelbst. Vertrag vom 10. Juli 1925 Gütertrennung.  
Unter O.-J. 848: Otto Scheurer, Kaufmann, Mannheim, und Magdalena geb. Hoff dafelbst. Vertrag vom 14. Juli 1925 Gütertrennung.

Unter O.-J. 849: Wolf Otto Bücher, Kaufmann in Mannheim, und Anna Valeria geb. von Marggraf dafelbst. Vertrag vom 20. Juli 1925 Gütertrennung.

Unter O.-J. 350: Engelbert Klausmann, Uffmader in Mannheim, und Mathilde Frieda Schatz dafelbst. Vertrag vom 15. Juli 1925 allgemeine Gütergemeinschaft. Vorbehaltsvertrag der Frau ist im Vertrag bezeichnetes Vermögen, ferner alles, was sie unentgeltlich unter Lebenden oder von Todeswegen erwirbt.  
Bad. Amtsgericht.